

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Konrad Weiß (Berlin) und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Erklärung der Bundesregierung

Lage und Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien und Entscheidung der Bundesregierung über die Beteiligung der Bundeswehr an Überwachungsmaßnahmen von WEU und NATO zur Unterstützung der VN-Resolutionen 713 und 757

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, mit sofortiger Wirkung den Visumzwang für Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina aufzuheben und keine Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien abzuschieben, bis der Bürgerkrieg beendet ist.

Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, die die großzügige Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlings aus dem ehemaligen Jugoslawien im Rahmen von Flüchtlingskontingenten ermöglichen.

Dazu zählt insbesondere ein aus Bundesmitteln finanziertes Hilfsprogramm für die menschenwürdige Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge, da die Bundesländer allein mit dieser Aufgabe überfordert wären.

Der Deutsche Bundestag appelliert an die Bundesregierung, gleichwohl mit ihren Bemühungen fortzufahren und auch weiterhin Mittel zur Verfügung zu stellen, um dem UNHCR und anderen internationalen Organisationen die Betreuung von Bürgerkriegsflüchtlings vor Ort zu ermöglichen.

Bonn, den 21. Juli 1992

Konrad Weiß (Berlin)
Werner Schulz (Berlin) und Gruppe

Begründung

Täglich erreichen uns neue Schreckensmeldungen aus Bosnien-Herzegowina, ein Übergreifen der Kampfhandlungen auf den Kosovo wird immer wahrscheinlicher. Hunderttausende von Menschen, unter ihnen viele Frauen und Kinder, sind auf der Flucht.

Auch wenn die Bundesregierung bereits erhebliche Anstrengungen unternommen hat, um den Flüchtlingen im ehemaligen Jugoslawien selbst zu helfen, sind die Kapazitäten der Hauptaufnahmeländer Slowenien und insbesondere Kroatien erschöpft. Die Bemühungen der internationalen Hilfsorganisationen werden durch die aktuellen Kriegshandlungen zusätzlich erschwert.

Angesichts dieser Not ist es unverantwortlich, die Grenzen für Flüchtlinge ohne Visum weiterhin geschlossen zu halten. Es ist ein Gebot der Stunde, Flüchtlingen aus allen Teilen des ehemaligen Jugoslawien großzügig Aufnahme und Zuflucht zu gewähren.